



Konrad
Adenauer
Stiftung

50 Jahre Kompetenz weltweit

Costa Rica : Die Konsensdemokratie auf dem Prüfstand - Präsident Oscar Arias vor großen Herausforderungen -

1. Knappes Wahlergebnis

Nach dem Wahlgang vom 5. Februar 2006 brauchte das Oberste Wahlgericht fast 2 Wochen, um die vorgeschriebene manuelle Stimmenauszählung durchzuführen. Außerdem musste noch über rd. 700 Einsprüche der einzelnen Parteien entschieden werden. Am 7. März 2006 wurde dann schließlich das amtliche Endergebnis verkündet und Ex-Präsident und Friedensnobelpreisträger Oscar Arias aus der sozialdemokratischen PLN mit einem Stimmenvorsprung von rd. 18.000 Stimmen (knapp 1 % der Stimmen) vor seinem stärksten Konkurrenten Ottón Solís von der Bürgeraktion PAC zum Wahlsieger erklärt. Die PLN gewann bei den gleichzeitig stattfindenden Parlaments- und Stadtratswahlen jeweils die relative Mehrheit. Die neu gewählten Mandatsträger treten ihre Amtsperiode am 8. Mai 2006 an.

Die Wahlen brachten wichtige Veränderungen im Parteiensystem des Landes:

- die sozialdemokratische PLN konnte durch die Kandidatur von Oscar Arias einen drohenden Kollaps abwenden und wurde erstmals nach 1994 wieder stärkste Partei im Lande
- die christlich-demokratische PUSC verlor ihre Rolle als zentraler politischer Akteur der letzten 20 Jahre, in denen sie immerhin dreimal den Staatspräsidenten stellte
- mit der linksorientierten PAC und der rechtsliberalen PML konsolidierten sich zwei politische Gruppierungen, die von Dissidenten der Alt-Parteien PLN und PUSC 2001 bzw. 1996 gegründet wurden.

Eine nähere Analyse der verfügbaren Zahlen zeigt, dass die PLN in den ländlichen Rand- und den städtischen Armutsbereichen den höchsten Stimmenanteil auf sich vereinigen konnte, während die zweitplazierte PAC vorrangig die städtische Mittelschicht erreichte. Wie es scheint, beerbte die PLN in ihren Hochburgen die PUSC, während deren Anhänger im urbanen Bereich eher ihre Stimme der PAC gaben. Interessant ist ebenfalls, dass die Ergebnisse der PAC bei den Präsidentschaftswahlen signifikant von denen bei den Parlaments- und Stadtratswahlen abweichen. So erhielten die Abgeordneten der PAC rd. 200.000 Stimmen weniger als ihr Präsidentschaftskandidat. Der Polarisierungsdruck bei den Parlamentswahlen war offensichtlich geringer als bei den Präsidentschaftswahlen.

Angekündigte Rückkehr des Ex - Präsidenten Oscar Arias in die politische Arena

Bereits mit der Wahl des gegenwärtigen Präsidenten Abel Pacheco im Jahre 2002 begann Oscar Arias mit den Vorbereitungen sein politisches Come-back. Er sah sich dazu aufgrund seiner angesammelten Erfahrung und der schwierigen Situation des Landes geradezu berufen. Den Weg ebnete eine Entscheidung des Verfassungssenats, der 2003 das in der Verfassung verankerte direkte Wiederwahlverbot für den Staatspräsidenten aufhob.

Seine Bemühungen um eine Präsidentschaftskandidatur stießen innerhalb der PLN zunächst auf starken Widerstand. Die Partei befand sich in einem umfassenden Reform-Prozess. Es gelang Oscar Arias jedoch, seine internen Widersacher auszubooten und die Führung der Partei zu übernehmen. Dies führte zu Parteiaustritten, verbunden mit Neugründungen von Parteien und Übertritten zur PAC, die 2002 als Absplittierung der PLN erstmals und mit einem Überraschungserfolg an den Wahlen teilnahm. Die gleichzeitige Schwächung der christlich-demokratischen PUSC als Erfolg versprechende politische Option durch die Korruptionsvorwürfe gegen zwei ihrer Ex-Präsidenten und die wenig erfolgreiche Regierung ließen Oscar Arias auch zu einem Hoffnungsträger konservativer Gruppen werden, was sich in der Beteiligung Arias-naher Politiker an der christlich-demokratischen Regierung zeigte. So arbeitete der Bruder und späterer Wahlkampfleiter von Oscar Arias lange Zeit als Berater von Präsident Pacheco.

Ablauf des Wahlkampfes

Der Wahlkampf selbst war recht kurz und in seinem Verlauf von dramatischen Wählerverschiebungen gekennzeichnet. Nachdem Oscar Arias monatelang mit Umfragewerten von 45 – 50 % einsam an der Spitze stand und seinen nächsten Verfolger Ottón Solís von der PAC um das Doppelte überflügelte, verkürzte sich der Abstand immer mehr. Vor allem folgende Entwicklungen brachten den Favoriten Oscar Arias in den Augen politischer Beobachter an den Rand einer Niederlage:

- eindeutige Tendenz der „Unentschiedenen“ zugunsten Ottón Solís
- Polarisierung durch soziale Agitation und Mobilisierung gegen den Freihandelsvertrag TLC (neben den Gewerkschaften auch Teile der Katholischen Kirche)
- innerparteiliche Gegner Oscar Arias in der PLN stimmten für Ottón Solís
- überwiegende Tendenz von PUSC-Anhängern im urbanen Bereich zugunsten von Ottón Solís.

Trotz enormer Propagandaanstrengungen seitens Oscar Arias verringerte sich der Abstand bis zum Wahltag immer mehr, so dass sich nach den Umfragewerten ein „technisches Patt“ unterhalb der magischen 40 % abzeichnete. Es wäre dann zu einer Stichwahl gekommen, deren Ausgang aufgrund der Polarisierung vollkommen offen gewesen wäre. Letztendlich verhinderten die Wähler eine Stichwahl offensichtlich durch die Entscheidung in der Kabine. Angesichts des aufgeheizten Wahlkampfklimas ließ sich der Verlierer Ottón Solís zu einer Fernsehansprache hinreißen, in der er Zweifel an der Transparenz des Wahlprozesses anmeldete.

Von der PLN selbst wurde der unverhüllte Triumphalismus mit dem Slogan „Sí, Costa Rica“ für das knappe Wahlergebnis verantwortlich gemacht, doch dürfte das Thema der

Ratifizierung und Umsetzung des Freihandelsvertrages mit den USA (TLC) eine wichtige Rolle gespielt haben.

Insgesamt war der Wahlkampf aufgrund fehlender inhaltlicher Diskussionen eher als „light“ zu bezeichnen. Er lag mehr in den Händen von Werbefachleuten, als dass politische Strategien entscheidenden Einfluss hatten.

Die christlich-demokratische Partei PUSC, die in den letzten zwei Amtsperioden den Präsidenten stellte, spielte zu keinem Zeitpunkt eine entscheidende Rolle. Zu sehr hatte sie an den Korruptionsvorwürfen gegen zwei ihrer Ex-Präsidenten, den politischen Kosten in der Regierung sowie einem unpopulären Kandidaten zu tragen. Allerdings ging die PUSC als Partei funktionsfähig und ohne Schulden aus dem Wahlkampf hervor und konnte als viertstärkste Partei mit Scharnierfunktion für die neue Regierung ihre politische Option bewahren.

2. Entwicklung des Landes - zwischen Hoffnung und Frust

Die Wahlen vollzogen sich in einer gesellschaftspolitischen Situation des Landes, die kurz durch die folgenden Aspekte charakterisiert werden kann:

- zunehmende Polarisierung der gesellschaftlichen Gruppen um den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs (im wesentlichen für oder gegen die wirtschaftspolitische Öffnung des Landes)
- zunehmende Emanzipation der Bürger von traditionellem Wählerverhalten
- Erfolge des Drucks der Straße in wichtigen sozialen Fragen
- Unzufriedenheit mit der mangelnden Effizienz politischer Entscheidungsprozesse und der institutionellen Fähigkeiten zur Lösung der Probleme der Bürger

Das politische Umfeld der Wahlen wird weitgehend von Veränderungen im Wählerpotential sowie Krisentendenzen im politischen System bestimmt. Die auch in anderen Ländern zu beobachtende Auflösung des traditionellen Wählermilieus, Wanderungsbewegungen vom Land in die Stadt mit den verbundenen veränderten Lebensentwürfen sowie Auswirkungen der kulturellen Globalisierung blieben nicht ohne Auswirkungen auf das Wählerverhalten. Hinzu kamen die Häufung von aufgedeckten Korruptionsfällen im öffentlichen Bereich, eine entscheidungsschwache Regierung, die keine der drängenden Entwicklungsprobleme des Landes in den Griff bekam und ein zersplittertes Parlament, das sich mehr durch politische Verhinderungs- als durch Gestaltungskraft auszeichnete.

Diese Situation ist bereits seit Mitte der 90er Jahre zu beobachten doch blieben die politischen Agenden der Parteien in diesem Zeitraum nahezu unverändert. Beigetragen dazu hat die „costaricanische Krankheit“ – eine Kultur bürokratischer und parlamentarischer Handlungsmechanismen zur Vermeidung rechtzeitiger oder zur Blockierung der Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen. Dazu gehört im Staatsbereich die Vielzahl von nationalen Institutionen und Einrichtungen (man spricht von über 300), die vielfach eigene Haushalte autonom und oftmals gegen die politische Willensbildung der Regierung einsetzen. Im Parlament ermöglicht eine Geschäftsordnung mit exzessivem Minderheitenschutz auch wenigen Abgeordneten, den Mehrheitswillen über Antragsverfahren und Wortmeldungen in den Kommissions- und Plenardebatten zu blockieren. Dazu gehört, dass zunehmend der Verfassungssenat zur Klärung politischer Reformen angerufen wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gestaltete sich in den letzten Jahren eher durchschnittlich mit Licht und Schatten.

Übersicht 1 : Ausgewählte makroökonomische Daten

Ausgewählte wirtschaftliche Makrodaten Costa Rica 2002 - 2006					
	2002	2003	2004	2005	2006 Projektion
Bevölkerung (in Mio)	4,0	4,0	4,1	4,1	4,2
Bruttoinlandsprodukt BIP (in Mrd. US-Dollar)	16,8	17,5	18,2	18,9	19,7
Wachstum BIP real (in %)	2,9	6,5	4,2	4,0	3,0
Bruttoinlandsprodukt BIP pro Kopf (in US-Dollar)	4.200	4.375	4.439	4.610	4.700
Wachstum BIP pro Kopf real (in %)	1,0	4,6	2,3	2,1	1,1
Inflation (in %)	9,7	9,9	13,1	14,0	11,0
Arbeitslosigkeit (in %)				14,4	15,0
Defizit Haushalt Zentralregierung (in %)	-1,0	-3,1	-2,5	-2,0	-2,0
Exporte (in Mrd. US-Dollar)	5,3	6,1	6,3	7,0	7,6
Importe (in Mrd. US-Dollar)	7,2	7,7	8,3	9,6	10,5
Devisenreserven netto (in Mrd. US-Dollar)	1,5	1,8	1,9	2,5	2,5
Auslandsverschuldung öffentlicher Sektor (in Mrd. US-Dollar)	3,3	3,7	3,9	3,9	4,0

Quelle: Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration (BCIE) und eigene Berechnungen

Es fanden in den letzten Jahren keine wesentlichen entwicklungspolitischen Verbesserungen oder Verschlechterungen statt. Die Makrodaten sind - vor allem im regionalen Kontext - generell immer noch positiv zu bewerten. So bewegten sich die Wachstumsraten im Schnitt zwischen 3 und 4 % jährlich, die Realeinkommen stiegen um durchschnittlich 1 bis 3 % und das Haushaltsdefizit lag mit ca. 2 % in einem zu bewältigendem Bereich. Schattenseiten stellen vor allem die im lateinamerikanischen Kontext hohe Inflationsrate (2005 rd. 14 %) dar, sowie die sich als resistent erweisende Armut (rd. 21% der Bevölkerung) und Arbeitslosigkeit (rd. 15 %). Auch litten die öffentlichen Investitionen unter dem haushaltspolitischen Konsolidierungskurs der Regierung Pacheco.

Die Einkommensverteilung ist nicht zufrieden stellend, was sogar die katholische Bischofskonferenz bewog, anlässlich der Wahlen von drei zu unterscheidenden Costa Rica zu sprechen: dem Costa Rica der Armen, als der von den staatlichen Dienstleistungen weitgehend ausgeschlossenen Schicht, dem Costa Rica der einfachen Menschen ländlicher Herkunft und schließlich der reichen, vorrangig urbanen Costa Rica, dessen Vertreter in einer Art eigenen Satellitenwelt, losgelöst von den täglichen Problemen vom Rest des Landes, leben.

In der Bewertung der demokratischen Entwicklung steht Costa Rica hinter Chile in Lateinamerika auf dem zweiten Platz (nach POLILAT.Com). Insgesamt ist nicht zu übersehen, dass die Indikatoren für soziale und politische Konfliktivität zunehmen und wichtige, zukunftsichernde Reformen im Bereich der Staatsfinanzen und der Staatsreform vor sich hergeschoben werden.

3. Schwerpunkte der zukünftigen Regierung Arias

Das Panorama wird in den Wochen und Monaten nach der Amtsübernahme am 8. Mai weder im politischen noch im wirtschaftlichen Bereich leicht sein, weil Übereinkünfte und Verhandlungen zwischen den wichtigsten Gruppen innerhalb und außerhalb der Regierungspartei PLN unabdingbar sind. Es gibt zwar einen gewissen nationalen Konsens über die für eine nachhaltige Entwicklung des Landes notwendigen Reformelemente, nicht jedoch über deren Richtung oder Tiefe. Für eine wie auch immer gestaltete Regierungskoalition, wie sie z.B. in Deutschland üblich ist, fehlt in Costa Rica die parlamentarische Kultur. Es gibt allerdings Bemühungen zwischen der PLN und PML so etwas wie eine sozialliberale Koalition auf Parlamentsebene aufzubauen. Die Zusammenarbeit beider Parteien bei der Bildung eines mehrheitsfähigen Parlamentspräsidiums geht in diese Richtung. Grundlage soll eine gemeinsame schriftliche Parlamentsagenda sein.

Dazu werden im wirtschaftlichen Bereich vor allem drei Themen im Vordergrund stehen: die Reform der öffentlichen Finanzen, die Öffnung der staatlichen Monopole – speziell der Telekommunikation und der Versicherungen - sowie der Freihandelsvertrag mit den USA.

Der Freihandelsvertrag sowie die wirtschaftliche Öffnung sind zweifellos die konfliktträchtigsten Themen. Hier herrscht in den Reihen des gewählten Präsidenten Arias angesichts des knappen Wahlergebnisses zunächst Zurückhaltung vor. Daneben gibt es eine Reihe von Gesetzesvorhaben der zukünftigen Regierung Arias, die auf die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Landes gerichtet sind. Dazu gehören die Rahmengesetze für den Kommunikations- und Versicherungssektor, die durch den Freihandelsvertrag dem internationalen Wettbewerb geöffnet werden sowie Gesetze zur öffentlichen Auftrags- und Konzessionsvergabe.

Die Reformen sollen weitergehen, aber die anderen politischen Kräfte gehört werden. Ob diese Strategie lediglich Verhandlungen oder schließlich auch Allianzen umfasst, ist noch nicht klar. Hier bietet sich als Kompromissmasse die so genannte Komplementär-Agenda zum TLC an, die ergänzend dem Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit dienen soll. Bezüglich der sich seit mehr als drei Jahren im parlamentarischen Prozess befindlichen Reform der öffentlichen Finanzen wird die neue Regierung eine andere Strategie einschlagen. Das Reformprojekt wird in drei Einzelprojekte zerlegt: Einkommenssteuerreform, Mehrwertsteuerreform und Reform der Steuerverwaltung, um die Verabschiedung zu beschleunigen und den Widerstand zu schwächen.

Im Regierungsprogramm lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt fünf prioritäre Zielsetzungen ausmachen:

1. Staatliche Effizienz: Gesetzeswerk zur öffentlichen Verwaltung, Reform des Regierungsapparates, Nationales Planungssystem, Nationale Ethik-Kommission beim Präsidenten, Öffnung der staatlichen Monopole sowie ein Konzessions-Gesetz für die Vergabe öffentlicher Arbeiten.

2. Soziale Kohäsion: ausgerichtet auf die Stärkung und den Ausbau der sozialen Integration; Erhöhung der Bildungsausgaben auf 8 % des BIP (bislang 6 %), um vor allem die Gymnasial-

Bildung und das System der beruflichen Bildung unter Gewährung von Bildungszuschüssen für Familien auszubauen. Abbau der Armutsbevölkerung um 4 %; Schaffung eines Fonds für den Bau von 16.000 Wohnungen; Schaffung von 65.000 gut bezahlten Arbeitsplätzen.

3. Produktive Wachstumspolitik: jährliche Wachstumsrate in Höhe von 6 %, Erhöhung der Steuereinnahmen um rd. 4,5 % des BIP, Unterstützung der mittelständischen Unternehmen durch die Vereinfachung der staatlichen Bürokratie, Förderung von Technologiezentren sowie staatlichen Kreditprogrammen; Öffnung der öffentlichen Dienstleistungen im Telekommunikations- und Versicherungsbereich dem Wettbewerb. Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionen in die Infrastruktur in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar sowie Ausbau der Eisenbahn als Transportmittel im Hochtal von San José, Ratifizierung des TLC sowie Aufnahme von Assoziierungsverhandlungen mit der EU; Unterstützung der Landwirtschaft beim Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit und Integration in die Weltwirtschaft vor allem im Beratungs- und Finanzierungsbereich.

4. handelsorientierte Außenpolitik: stärkere Koordinierung mit den ökonomischen Interessen des Landes, Entwicklung der Grenzregion zum Norden, Verbesserung der Beziehungen zur Volksrepublik China; die Kandidatur für einen Sitz im Sicherheitsrat der UN in der Periode 2008 – 2010; Unterstützung des Integrationsprozesses Zentralamerikas mit Blick auf die erwartete Aufnahme von Assoziierungsverhandlungen mit der EU.

5. Energiesicherung: bis 2021 Stromerzeugung zu 100 % aus erneuerbaren Energiequellen, finanzielle Autonomie der umweltschutzpolitischen Regionen, Abfallbeseitigungsplan; nicht ausgeschlossen wird, mit Venezuela ein Präferenzabkommen über die Lieferung von Erdöl zu verhandeln.

Die in der vergangenen Legislaturperiode gescheiterte Reform der öffentlichen Finanzen versieht jedoch eine Vielzahl der genannten Vorhaben mit Fragezeichen, da die erforderlichen zusätzlichen öffentlichen Mittel zunächst nicht zur Verfügung stehen. Weiterhin blockiert die ebenfalls in der laufenden Legislaturperiode noch nicht erfolgte Ratifizierung des TLC den mit der Öffnung des Landes verbundenen möglichen Zufluss von Auslandsdirektinvestitionen.

Zusammensetzung des Kabinetts und die zukünftige Regierungsarbeit

Die neue Regierung wird im Wesentlichen eine Regierung des Präsidenten Oscar Arias und weniger der Partei sein. Sie setzt sich aus Persönlichkeiten mit sozialdemokratischer Vergangenheit zusammen, die allerdings auf den Präsidenten eingeschworen sind. Von unverändert 18 Ministern sind 5 Frauen und 12 haben bereits Erfahrungen in führenden Positionen früherer Regierungen gesammelt.

Oscar Arias wird versuchen, Costa Rica aufgrund seines Ansehens als Friedensnobelpreisträger international neu zu positionieren, vor allem, um Investitionen anzuziehen. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass ihn seine erste Auslandsreise als gewählter Präsident zu seinem Amtskollegen Uribe in das konfliktgeschüttelte Kolumbien geführt hat.

Abzusehen ist, dass er sich auf nationaler Ebene lediglich in Entscheidungen von großer politischer Tragweite einschalten wird.

Die Führung des Regierungsapparates, der Minister und der nationalen Institutionen wird nach Meinung politischer Beobachter sein Bruder Rodrigo Arias in seiner

Funktion als Premierminister wahrnehmen. Er wird sich auf die Leitung des Kabinetts und die Beziehungen zum Parlament konzentrieren. Dazu werden die Ministerien und nationalen Institute mit speziellen Aufgaben zu Schwerpunktbereichen gebündelt. Dem Premierminister zur Seite steht ein Staatsminister, der die effiziente Umsetzung der Regierungspolitik im Sinne eines politischen „Controlling“ zu sichern hat. Insgesamt soll das Präsidialministerium als politische Schaltzentrale sichtbar gestärkt werden.

Die beiden Vize-Präsidenten Laura Chinchilla und Kevin Casas üben keine herausragenden Regierungspositionen aus, vermutlich, um die Position von Rodrigo Arias zu stärken. Sie übernehmen das Justiz- bzw. Planungsministerium, welche innerhalb des Regierungsapparats eine geringe politische Bedeutung und wenig nationale Ausstrahlungskraft aufweisen.

Für die Zusammenstellung seines Kabinetts hatte Präsident Oscar Arias mehr Schwierigkeiten zu überwinden, als zunächst geplant. Viele der ins Auge gefassten Spezialisten lehnten einen Kabinettsposten ab. Ihre Verdienstmöglichkeiten im Privatsektor liegen nahezu drei- bis viermal so hoch wie im öffentlichen Sektor. Die letzte Gehaltserhöhung für Minister erfolgte vor acht Jahren. Insgesamt bilden offensichtlich die fachlich-technische Erfahrung und die Berücksichtigung der einzelnen politischen Strömungen in der Partei neben den Fähigkeiten zu politischen Verhandlungen und der Konsensfindung mit anderen politischen Gruppierungen die Auswahlkriterien.

Die nähere Analyse der Vita der einzelnen Kabinettsmitglieder legt die Vermutung nahe, dass sie eher eine Linie der Stärkung der Rolle des Staates in Gesellschaft und Wirtschaft vertreten.

Dazu wird der Präsident bereits am ersten Amtstag Dekrete unterzeichnen, die eine größere Effizienz in der Regierungsführung über eine stärkere politische Koordinierung und Durchgriff in vier Problembereichen des Landes sichern. Der Zentralbankchef Francisco de Paula Gutiérrez, der Finanzminister Guillermo Zuñiga und der Handelsminister Marco Vinicio Ruiz sind für die makroökonomische „Gesundheit“ zuständig. Letzterer wird sich aller Voraussicht nach mit den Mitgliedern des Verhandlungsteams für den Freihandelsvertrag TLC umgeben, dem auch er angehörte.

Ein „Produktionsbereich“ soll die für Landwirtschaft und Industriepolitik zuständigen Ministerien und nationale Institute koordinieren. Unter Einbindung der so genannten autonomen nationalen Institute zeichnet der Unternehmer Alfredo Volio (aus der Familie traditioneller Kaffee-Exporteure) für verschiedene prioritäre Sektoren (Landwirtschaft, Handel etc.) verantwortlich. Er wird die Exportorientierung stärken und die Produktionsstruktur wettbewerbsfähiger gestalten. „Armutsbekämpfung“ ist ein weiterer Schwerpunktbereich, der den Wohnungsbau und entsprechende nationale Förderinstitute sowie die Sozial- und Familienhilfe zu koordinieren hat. Leitender Minister wird Fernando Zumbado, ehemaliger UNDP-Repräsentant für Lateinamerika, sein. „Öffentliche Arbeiten und Transport“ ist zuständig für sämtliche Institutionen, die sich mit Straßenbau, Konzessionen und Verkehrsregulierungen befassen und wird von der Ministerin Karla González angeführt.

Darüber hinaus regelt „Umwelt und Energie“ unter dem erfahrenen Minister Roberto Dobles die Benzin- und Stromversorgung sowie die Erforschung neuer Energiequellen.

„Bildung“ wird in das nationale System stärker die berufliche Ausbildung bildungspolitisch integrieren. Leitender Minister wird Leonardo Granier, ein dem Ex-Präsidenten Figueres nahe stehender linksintellektueller Akademiker. Der Bereich „Staatsreform“ unterliegt dem Vize-Präsidenten Kevin Casas, der in Personalunion auch die Funktion eines Planungsministers übernimmt.

4. Gefahren für die Reform- und Regierungsfähigkeit am Horizont

Schon mit Bekanntgabe der Ergebnisse kündigten radikale Gewerkschaftsgruppen vier Jahre soziale Konflikte und Auseinandersetzungen an, um die Beibehaltung des Status quo zu sichern. Ihre Wortführer empfanden sogar eine Einladung des gewählten Präsidenten zu einem persönlichen Gespräch als persönliche Beleidigung. Wie bereits auf einem Forum gegen den Freihandelsvertrag im vergangenen Jahr angekündigt, erkennen sie die Wahl Oscar Arias zum Präsidenten nicht an bzw. melden angesichts des knappen Wahlergebnisses und der erst durch die umstrittene Aufhebung des Wiederwahlverbotes ermöglichte Wahl starke Zweifel an der Legitimität seines Mandats an.

Die im Ergebnis der Präsidentschaftswahlen zum Ausdruck kommende Polarisierung der Wähler spiegelt sich nicht in der gleichen Form in der Sitzverteilung im Parlament und den Stadträten wider. Stattdessen gibt es im Wesentlichen vier Parteien, die sich gegenseitig für eine arbeitsfähige Mehrheit benötigen. Das beinhaltet eine neue politische Kultur, die den breiten, pluralistischen und transparenten Dialog bzw. Konsensuche in den Mittelpunkt stellt.

Übersicht 2 : Ergebnisse der Parlaments- und Stadtratswahlen 2002 und 2006

	2002			2006		
	Präsidenten-schaftswahlen (%)	Parlaments-wahlen (Sitze)	Stadtrats-wahlen (Sitze)	Präsidenten-schaftswahlen (%)	Parlaments-wahlen (Sitze)	Stadtrats-wahlen (Sitze)
PUSC	38,6	19	177	3,5	5	59
PLN	31,1	17	176	40,9	25	226
PAC	26,2	14	98	39,8	17	142
PML	1,7	6	13	8,5	6	35
Sonstige nationale Parteien	1,8	1	12	5,8	4	8
Sonstige regionale Parteien	0,6	. / .	18	0,0	. / .	29
Gesamt	100,0	57	494	100	57	499
Anmerkungen:						
PUSC - Partido Unidad Socialcristiana; PLN - Partido Liberación Nacional; PAC - Partido Acción Ciudadana;						
PML – Partido Movimiento Libertario						
Quelle: Tribunal Supremo Electoral (TSE) und eigene Berechnungen						

PLN und PAC bilden zwar die stärksten Fraktionen, sind aber beide zur Bildung eigener arbeitsfähiger Mehrheiten auf die Unterstützung der anderen Gruppierungen angewiesen, wobei der zwar geschwächten aber straff geführten christlich-

demokratischen PUSC eine neue Bedeutung für den parlamentarischen Gesetzgebungsprozess und damit für die Reform- und Regierungsfähigkeit zukommt. Dies gilt speziell für die Sozial-Agenda, mit der sich die Partei politisch profilieren will. Für die Wirtschafts-Agenda bietet sich dagegen die wirtschaftsliberale PML an. Hier scheint die Regierungspartei wohl auch das stärkste Interesse zu haben, wie die Bildung des Parlamentspräsidiums mit Hilfe der PML zeigt. Traditionsgemäß entscheidet der Parlamentspräsident über die Zusammensetzung und damit über die Mehrheitsverhältnisse in den Kommissionen. Von spezieller Bedeutung werden dabei die Kommissionen für internationale Beziehungen, Außenhandel und Finanzen sein, da sie die wichtigsten Reformvorhaben (Ratifizierung Freihandelsabkommen, Haushalt, Finanzreform etc.) beraten.

Darüber hinaus bieten sich punktuelle Allianzen mit den weiteren vier Einzel-Abgeordneten über konkrete Einzelprojekte an. Die Vertreter der Behindertenpartei (PASE) und der christlich-konfessionellen Partei PRN werden nach Meinung politischer Beobachter auf der Basis finanzpolitischer Kompensationen für ihre Klientel eng mit der Regierung zusammenarbeiten. Ebenso wird davon ausgegangen, dass der Vertreter der PUN seine Stimme in strategisch wichtigen Regierungsvorhaben „verhandelt“. Lediglich der Abgeordnete der FA (Frente Amplio), der aufgrund seiner klaren Opposition zum „neoliberalen Modell“ ins Parlament gewählt wurde, zeigt für strategische Themen der Regierung keinerlei Übereinstimmung.

Eine Konsensbildung zwischen den Fraktionen der PLN und der PAC dürfte demgegenüber aufgrund der starken personalistischen Ausrichtung beider Parteien auf ihre Führungsfigur recht schwierig sein, zumal die Wahlangebote der beiden Parteien diametral zueinander stehen (Position zum Freihandelsvertrag TLC und der wirtschaftlichen Öffnung, Rolle des Staatsmonopole und der Staatsfinanzen etc.). Übereinstimmung besteht bislang lediglich in Fragen der Beschränkung der Staatsausgaben. Mit einem weiteren Vorschlag möchte sich die PAC bei ihrer heterogenen Anhängerschaft mit Blick auf die nächsten Wahlen 2010 empfehlen: der Ausbau der so genannten gemischten Parlaments-Kommissionen, bei denen neben den Abgeordneten auch Vertreter der Zivilgesellschaft vertreten sind. Damit würde der weitgehend reformfeindlichen außerparlamentarischen Opposition die Chance eröffnet, die Reformpolitik der Regierung Arias im parlamentarischen Gesetzgebungsgang zu bremsen.

Um die Erfahrung der laufenden Wahlperiode nicht zu wiederholen, in der die Parlamentsfraktion der PAC gerade um die Frage der Zusammenarbeit mit der Regierung auseinanderbrach, muss die zukünftige Fraktion außerdem auf ein geschlossenes Auftreten achten, was aller Voraussicht nach eine strikte Oppositionspolitik bedeutet.

Aufgrund der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse (für eine Reihe der Reformvorhaben wird eine qualifizierte Mehrheit von 38 Stimmen notwendig sein), der parlamentarischen Geschäftsordnung mit ihrem ausgeprägten Minderheitenschutz und der zu erwartenden sozialen Agitation gegen Strukturreformen ist allerdings nicht damit zu rechnen, dass die Mehrheit dieser Gesetzesvorhaben vor Ende 2007 verabschiedet wird. Dadurch wird es die Regierung schwer haben, ihr Wachstumsziel von 6 % noch während ihrer Amtszeit zu erreichen. Wahrscheinlicher ist eine durchschnittliche

Wachstumsrate unter 4 %, die nicht ausreichen dürfte, um die ehrgeizigen Ziele vor allem im Bildungs- und Armutsbereich umzusetzen.

San José, Mai 2006

Reinhard Willig